



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/124 - 31.5.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Der Ruf nach den Besatzungsmächten	S. 1
Schwedische Sozialdemokraten halten Rückschau	S. 3
Fehlgeleitete CDU-Propaganda	S. 5

Storch plant Anti-Streik-Gesetz

R.D. Noch ärgern sich Bürger und Regierung über die zwei Tage ohne Zeitung, leben sie in Sorge, ob nicht morgen Telephon und Eisenbahn ausfallen, da hat der tüchtige Bundesarbeitsminister - der sonst gar nicht so schnell arbeitet - schon das Allheilmittel zur Hand - er wird ein Anti-Streik-Gesetz machen und alle "illegalen" Streiks verbieten. Dieses Anti-Streik-Gesetz ist ein altes Steckenpferd von ihm. Er plant es bereits seit dem Kampf um die Mitbestimmung in der Montan-Industrie und hat es seither in der Schublade liegen.

Bis heute beschränkten sich die Gegner der Mitbestimmung in den Betrieben auf innerpolitische Argumente - auf die Erhaltung der Unternehmer-Initiative, auf das "Fernhalten betriebsfremder Elemente" aus den Aufsichtsräten, auf die angebliche Vergewaltigung der parlamentarischen Demokratie. Seit der Unterzeichnung des General-Vertrags aber gibt es auch außenpolitische Gründe. Die Regierung müsse die Sicherheit haben, ihre internationalen Verpflichtungen ungestört erfüllen zu können und vor allem dürften etwaige künftige Rüstungsaufträge durch längere Streiks nicht gefährdet werden. Das ist der klare Ruf nach der Hilfe der Besatzungsmächte, denen auch dem Ersatzbesetzungsstatut, dem Generalvertrag, genau wie nach dem zur Zeit noch geltenden Besatzungsrecht freisteht, im Falle eines "Notstandes" gegen jede Störung der Ordnung einzuschreiten. So glaubt nun Storch eine Front von Mitkämpfern gegen die Gewerkschaften zusammen zu haben, die von der SRF über die DP bis zu Gewerkschaftern seines eigenen Schlages, von den reaktionären Wirtschaftsverbänden bis zu den ausländischen Interessenten an deutschen Rüstungslieferungen und schließlich bis zu den Besatzungstreitkräften reicht.

Aber auch das ist keine neue Front. Von allem Anfang an haben sich gewisse Besatzungsdienststellen in Deutschland nur widerwillig der Gewerkschaften beim Wiederaufbau der deutschen Demokratie bedient. Sie haben sie nur solange als Sicherheits-

Polizei in der Wirtschaft für nötig gehalten, wie sie sich der Loyalität der deutschen Unternehmer nicht sicher waren. Nun aber haben die deutschen Unternehmer durch ihre Regierung den Kuratel-Vertrag für 50 Jahre unterschrieben. Es ist vergessen, daß es schließlich die Alliierten waren, die einmal die Vorstellung entwickelten, diese Finanziers Hitlers müßten zur Sicherung des Friedenswillens in Deutschland einer wirksamen Kontrolle durch den einzigen sicheren demokratischen Hort in Deutschland, durch die Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften, unterliegen. Aber schon bei der Frage der Eigentumsregelung in der Montan-Industrie zeigte sich die Wandlung in der Auffassung der Alliierten, sie haben inzwischen die gleichen Unternehmer wieder in ihre alten Rechte eingesetzt.

Die Unternehmer aber wissen, daß die Gewerkschaften die große Gefahr für ihre gesellschaftliche und politische Stellung sind, daß diese machtvolle Arbeiterorganisation nicht nur ihre wirtschaftliche Grundlage, ihren uneingeschränkten Profit, sondern auch ihren politischen Überbau - die politischen Parteien und ihre Klassenregierung - gefährden können. Haben sie nicht offen erklärt, eine neue Ordnung in Wirtschaft und Gesellschaft errichten zu wollen? Nach ihrer völligen Unterwerfung unter die Ziele der Alliierten glauben sie sich deren Hilfe sicher und mit ihr den Endkampf beginnen zu können.

Die Unternehmer wollen auf Schadenersatz klagen, das Gewerkschaftsvormögen haben sie bereits zum Lastenausgleich herangezogen und der "Wirtschaftsrundblick" der FDP erklärt rundheraus: "Jetzt ist der Moment gekommen, wo es um die Frage geht: Funktionärsdiktatur oder Demokratie. Nur mit einer klaren Entscheidung ist dem deutschen Volke gedient. Es kann sich nicht leisten, angesichts großer außenpolitischer Probleme einen schwelenden Krankheitsherd im Innern zu dulden. Das Kurieren an Symptomen reicht nicht mehr aus, das Messer muß am Krankheitsherd direkt angesetzt werden". Storchs Anti-Streikgesetz soll dieses Messer sein.

Zu billig ist die Erklärung, die man sich für die Propaganda bei einfältigen Gemütern ausgedacht hat. Man wolle nur solche Streiks für illegal erklären, die "nicht auf der Grundlage des Arbeitsrechts" durchgeführt werden. Sie ist zu billig, weil die Gewerkschaften eben einen Kampf um die Durchsetzung dieses Arbeitsrechtes führen; einen Kampf gegen ein Gesetz, das die Arbeitnehmer noch der Rechte berauben soll, die sie schon vor 1933 und nach Ländergesetzen heute erst zum Teil wieder zurückgewonnen hatten. Die Härte dieses Kampfes wird zeigen, daß die Gewerkschaften die Bedeutung der Stunde erkannt haben; härter aber wird der Kampf werden, wenn es um die Existenz der Gewerkschaften selbst und damit um alle Errungenschaften der Arbeitnehmer seit einem halben Jahrhundert geht. Dann geht es aber auch für die Unternehmer um die nackte Existenz.

Hjalmar Brantings Huldigung - Zukunftsarbeit

Von Dr. Kurt Heinig - Stockholm

Vom 2. bis 7. Juni hält die schwedische sozialdemokratische Partei in Stockholm ihren Kongreß, der alle vier Jahre stattfindet. Diesmal hat er besondere Aufgaben. Denn 1952 ist Wahljahr, im September wird die zweite schwedische Kammer neugewählt. Die zweite Aufgabe des Kongresses ist die Einweihung des Denkmals für Hjalmar Branting, den großen Führer der schwedischen Arbeiterbewegung, der 1925 starb, ein Träger des Friedens-Nobelpreises von 1921, "der große Europäer" des Völkerbundes nach dem ersten Weltkriege und einer der Mitbegründer der sozialistischen Internationale in jenen schweren Jahren. Die dritte Aufgabe ist der weitere Ausbau der Partei, ihre Anpassung an die ständig vor sich gehenden soziologischen Umschichtungen des schwedischen Volkes.

Die schwedische Partei zählte am 1. April 1952 750.889 Mitglieder in 2.869 Ortsvereinen; 1948 waren es 635000 Mitglieder und 2.792 Ortsvereine. Rund 62 Prozent der Mitglieder sind durch ihre Gewerkschaft der Partei kollektiv angeschlossen. Die sozialdemokratische Frauenorganisation hat 60000 Mitglieder und 1.181 Ortsgruppen, der sozialistische Jugendverband mustert 96000 Mitglieder und 1.856 Ortsgruppen, die christlichen Sozialdemokraten haben 8.135 Mitglieder in 297 Gruppen.

Die Wahlbeteiligung ist in Schweden seit den zwanziger Jahren ständig gestiegen, sie war 1950 über 80 Prozent; von dem Wählerzuwachs der Jahre 1946 bis 1950 erhielt die Partei 77 Prozent aller Stimmen. Dabei hat sich die Bevölkerung soziologisch stark verändert. Noch 1915 kamen in Schweden auf einen Industrieangestellten 12,5 Arbeiter, heute nur 4,8. Die Zahl der Angestellten unter allen Erwerbstätigen ist von 7,9 (1910) auf 23,6 Prozent (1945) gestiegen. Für 1952 rechnet man mit 800000 Angestellten einschließlich Verkaufspersonal in den Geschäften. Hier meinte die bürgerliche Opposition, im besonderen die Volkspartei, gegen die Sozialdemokratie einsetzen zu können. Der "Stehkragenproletarier" war ihre Hoffnung, aber sie wurde getäuscht. Das gleiche gilt von manchen anderen Hoffnungen.

Dem Kongreß liegen rund 90 Anträge vor, doppelt so viel wie 1948. Sie gelten vor allem der Sozialisierung und der Wirtschaftspolitik, der Wohnungspolitik, der Sozialpolitik, der Landwirtschaftsfrage, den Steuerfragen, den Verteidigungsfragen und den Verfassungsproblemen, sowie den internationalen Beziehungen. Hier ist besonders beachtlich, daß kein Antrag vorliegt, der sich mit der schwedischen Außenpolitik beschäftigt, was wohl als bündiger Beweis dafür angesehen werden kann, daß die schwedische Arbeiterbewegung geschlossen hinter der Neutralitätspolitik der schwedischen sozialdemokratischen Koalitionsregierung mit den Bauern steht.

Der Höhepunkt des Kongresses wird sicherlich die Einweihung des Branting-Denkmales sein; Es ist von dem berühmten Bildhauer Professor Carl Eldh gestaltet. Das Originalmodell wurde während der Kriegsjahre fertig. Da Bombengefahr nicht ganz ausgeschlossen erschien, wurde es damals zersägt und im Schutzraum eines Krankenhauses tief im Granitgebirge aufbewahrt. Das Monument hat eine Länge von 6,5 m und eine Höhe von 4,3 m. Es ist aus Kupferbronze. Aufgestellt wird es auf dem historischen Sammelplatz der Stockholmer Arbeiterbewegung, Norra Bantorget; als Hintergrund hat es die Gebäude der Gewerkschaften, das Volkshaus, das Haus der Parteizeitung.

Der Text auf der Vorderseite des Monumentes lautet:

"Er weckte schlummernde Kräfte beim Volke,
Und führte den Kampf für Freiheit und Gerechtigkeit,
Die Zukunft birgt sich in seinem Werke".

Die Worte stammen von Pär Lagerkvist, dem Nobelpreisträger in Literatur von 1951. Aus anderen Ländern werden die noch lebenden alten Freunde Brantings zur Feier kommen, so Paul Loebe aus Deutschland. Die Internationale wird auch durch Attlee, die SPD durch Ollenhauer vertreten sein.

+ + +

Eigentümliches Ablenkungsmanöver

J.F.W. Die CDU fühlt sich gedrängt, der Bundesregierung in ihrem Bestreben, den Rundfunk als Propagandainstrument des Presseamtes zu mißbrauchen, Hilfestellung zu leisten. Angesichts des peinlichen Aufsehens, das die Verantwortlichen der Bonner Ermekeil-Kaserne mit ihrer Absicht erregten, die deutschen Sender bei Unterzeichnung des Generalvertrages zu Sondermeldungen im Goebbels-Stil zu veranlassen, ist diese Unterstützung dringend vonnöten. In solchen Fällen ist es alte CDU-Taktik, anderen das vorzuwerfen, was man selber will. Die verbrauchte Platte vom SPD-Einfluß auf den NWDR wird darum wieder einmal hervorgeholt. Da ihr Text durch das ständige Abspülen weder glaubhafter noch interessanter geworden ist, bringt der Informationsdienst der CDU jetzt zu diesem alten Lied einen neuen Vers.

In den Übertragungen aus dem Bonner Bundeshaus würde die SPD bevorzugt, da die Sprecher der Kommunisten, Loritz und ähnliche Gestalten, zugunsten der Oppositionsredner benachteiligt seien, erklärt das CDU-Organ voll Empörung. Wahrhaftig, wen dies Argument nicht überzeugt, dem ist nicht zu helfen! Da man sich über ein Zukurzkommen der CDU im NWDR wirklich nicht beklagen kann, verbündet man sich mit den Radikalisten, um den Sozialdemokraten den Rundfunk zu sperren.

Wir halten der CDU zugute, daß sie sich in der unangenehmen Zwangslage befindet, mangels wirklicher Gründe Argumente aus der Luft greifen zu müssen. Aber selbst in solcher Notlage sollte sie in der Wahl ihrer Mittel doch etwas vorsichtiger sein. Wie will die CDU in Zukunft noch Hörer für ihre zweite NWDR-Platte, die Moritat vom kommunistischen Einfluß auf den Rundfunk finden, wenn sie ihre eigenen Behauptungen derart widerlegt? Es ist gefährlich, ständig mit dem kurzen Gedächtnis seiner Mitmenschen zu rechnen; mit der Zeit kommt auch der Gutgläubigste darauf, daß das Geschrei um den NWDR nur ein Ablenkungsmanöver darstellt, in dessen Schutz CDU und Kanzler, Innenministerium und Presseamt, daran arbeiten, sich den Rundfunk dienstbar zu machen.

Verantwortlich: Peter Raunau